

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 65 (1990)
Heft: 5: Wohnungsmarkt

Artikel: Der soziale Wohnungsbau hat Priorität
Autor: Hermann, J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-105742>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der soziale Wohnungsbau hat Priorität

Paris als Beispiel für viele andere Grossstädte: Die City wächst und steht in leuchtendem Glanz da. Gleichzeitig entstehen an den Peripherien immer grössere Wohnprobleme für die Mieter.



Foto: Basler

Als der französische Wohnbauminister Delabarre bei der Debatte über den Staatshaushalt im Parlament feststellte, es gebe in Frankreich 400 000 Haushalte ohne eine Wohnung, staunten die Deputierten. Und jene, die gegen die stark erhöhten Ausgaben des Staates für den sozialen Wohnungsbau protestieren wollten, hielten mit ihrer Kritik zurück. Das Wohnungsproblem ist heute in Frankreich zur Priorität aller Prioritäten geworden. Immer mehr dringt die Erkenntnis durch, dass es eine primäre Aufgabe des Staates ist, auf dem Sektor des sozialen Wohnungsbaus im positiven Sinn zu intervenieren. Das hat auch der Staatshaushalt für 1990 vorgesehen. Die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau wurden gegenüber dem Jahr zuvor um 17 Prozent erhöht. Kein anderer Ausgabenposten weist eine derartige Erhöhung aus. Die direkten und indirekten Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau übersteigen 120 Milliarden Francs.

Es ist der Bau von zusätzlich 55 000 Sozialwohnungen, vor allem im Departement Ile de France (Paris und die Pariser Region), vorgesehen. 400 Millionen Francs werden dem wichtigsten Baulträger des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich, den HLM-Organisationen, für den Kauf von 10 000 Altbauwohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt zur Ver-

fügung gestellt. Es ist das erste Mal, dass eine derartige Prozedur vorgesehen ist. Sie ist mit der Tatsache in Verbindung zu bringen, dass es für die Baulträger des sozialen Wohnungsbaus immer schwieriger wird, Sozialwohnungen in Ballungsgebieten zu bauen, weil die Bodenpreise auch in Frankreich stark gestiegen sind, viel stärker noch als die Baukosten selbst. Dies gilt vor allem für Paris, aber auch für die anderen Grossstädte.

Das Problem der Baugrundpreise hemmt die Bautätigkeit im sozialen Wohnungsbau auch in Frankreich. So ist es verständlich, dass bei mehr als 50 000 als dringend bei den Pariser Behörden vorgemerkten Ansuchen um eine Sozialwohnung nur etwa 2000 Wohnungen im Jahr zur Verfügung stehen. Dazu kommt, dass, soweit es sich um Paris handelt, oft die politischen «Beziehungen» bei der Beschaffung einer Sozialwohnung eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Die soziale Wohnbeihilfe, die zum Teil vom Staat, zum Teil vom System der Familienzulagen getragen wird, wurde um acht Prozent erhöht und der Kreis jener, die eine derartige Beihilfe beanspruchen können, erweitert. Sie beträgt oft bis zu 60 Prozent der Normalmiete. Man zählt gegenwärtig 4,2 Millionen Haushalte, die eine derartige Wohnbeihilfe bekommen. Eine besondere Förderung wird jenen zuteil, die ein Eigenheim auf Kredit kaufen wollen. 2,5 Milliarden Francs wurden zusätzlich für diese Kredite zur Verfügung gestellt. Sie sollten 50 000 Haushalten die Möglichkeit geben, ein Eigenheim zu erwerben. Insgesamt sind für 1990 elf Milliarden Francs für die Gewährung von Krediten für den

Erwerb von Eigenheimen vorgesehen. Was übrigens Anlass zu Kritik gibt, denn es stellt sich die Frage, übrigens nicht erst heute, ob es im Interesse des Arbeitnehmers ist, heute stolzer Besitzer einer Wohnung zu werden. In einer Zeit der Notwendigkeit zur verstärkten Mobilität der Arbeitskräfte ist es problematisch, Kredite für den Kauf einer Wohnung aufzunehmen. Dadurch müssen die Schuldner viele Jahre, ja Jahrzehnte auf alles verzichten, was das Leben lebenswert macht, nur um die Kredite zurückzahlen zu können. Ganz abgesehen davon, dass der Arbeitnehmer gezwungen sein könnte, eine Arbeitsstelle in einem anderen Departement aufzunehmen. Was geschieht dann mit seiner Wohnung?

Fehlplanung bei Sozialwohnungen

Ein besonderes Problem ist die Renovation von alten Sozialwohnungen. Sie waren von Anfang an mit billigem Baumaterial errichtet worden, die Baukosten wurden knapp berechnet, weil die Mieten für jene, für die die Sozialwohnungen bestimmt waren, erschwinglich sein sollten. Die Folge davon ist heute, dass sich nicht nur einzelne Wohnhäuser, sondern ganze Wohnquartiere in einem Zustand befinden, der als auffällig bezeichnet werden kann. Tausende Sozialwohnungen stehen ausserdem vollständig leer, weil sie als auffällig erklärt wurden und die betreffenden Wohnhäuser abgerissen werden sollen. Andere ungenutzte Wohnungen gibt es, weil sie in Gegenden gebaut wurden, wo heute keine Nachfrage nach Wohnraum besteht. Die Zahl der Sozialwohnungen, die renoviert werden müssen, und zwar sehr bald, erreicht fast eine Million. Die Mittel für diese Renovationsarbeiten sind nicht in ausreichendem Masse vorhanden. Die offizielle Dotation des «Fonds social urbain», die diese Arbeiten zum Teil finanziert, wurde im Vergleich zu 1989 um 28 Prozent erhöht und erreicht 338 Millionen Francs – viel zu wenig. Die HLM-Organisationen, die mit enormen finanziellen Schwierigkeiten fertig werden müssen, sind andererseits nicht in der Lage, die Renovation der Altbauten im nötigen Ausmass zu finanzieren. Die Probleme des sozialen Wohnungsbaus sind sehr aktuell und werden es noch lange bleiben.